

■ WENIG ANZEICHEN FÜR EINE KONJUNKTURERHOLUNG

Die Schwäche der Binnennachfrage in Österreich und bei den wichtigsten Handelspartnern prägt die aktuelle Entwicklung der Wirtschaft. Die Konjunkturerwartungen richten sich auf eine Beschleunigung des Aufschwungs in den USA, diese ist aber mit erheblichen Risiken behaftet. In Österreich sind Ausrüstungsinvestitionen und Importe rückläufig, die Industrieproduktion liegt leicht unter dem Vorjahresniveau, der Einzelhandel wächst kaum, im Tiefbau zeigt sich eine leichte Erholung, der Export wächst gedämpft. Aus dem ungünstigen Verlauf der Gesamtnachfrage folgen eine deutliche Abnahme der Beschäftigung, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Steuereinnahmen.

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten nicht auf einen Wirtschaftsaufschwung hin. Die Erwartungen der Unternehmen der Sachgütererzeugung in Bezug auf die künftige Produktion haben sich stabilisiert, der Output lag im Sommer allerdings noch unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres (arbeitstätig bereinigter Produktionsindex III. Quartal $-1/2\%$). Die Absatzschwäche schlägt sich auch in geringer Bereitschaft zu Investitionen in neue Kapazitäten nieder. Die Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung liegt unter dem langjährigen Durchschnitt, die Unternehmen planen laut WIFO-Umfragen eine Einschränkung ihrer Investitionstätigkeit, und der Import von Investitionsgütern geht merklich zurück.

Die ungünstige Wirtschaftslage wird durch fehlende Nachfrage wichtiger Handelspartner und eine anhaltende Schwäche der heimischen Binnennachfrage geprägt. Die Ausfuhr in den Binnenmarkt der EU ist nur etwas höher als vor einem Jahr; es ist primär die rege Nachfrage aus Ost-Mitteuropa und Südostasien, die Zuwächse im Export ermöglicht (I. bis III. Quartal nominell etwa $+3\%$ gegenüber dem Vorjahr). Im Euro-Raum sind derzeit keine Anzeichen einer Konjunkturerholung zu erkennen. Das Wirtschaftswachstum betrug im 1. Halbjahr nur $0,5\%$ und dürfte im 2. Halbjahr nur wenig über 1% hinausgehen. Die Konsumausgaben sind real kaum höher als vor einem Jahr, die Investitionen merklich niedriger. Von der Wirtschaftspolitik kommen keine expansiven Impulse. Die einzige Hoffnung für einen Konjunkturaufschwung in der EU liegt deshalb in einer Verstärkung der Erholung in den USA.

In den USA wächst die Wirtschaft dank reger Binnennachfrage und expansiver Geld- und Fiskalpolitik zwar deutlich kräftiger als in Europa (III. Quartal $+1\%$

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO.

gegenüber dem Vorquartal und +3¼% gegenüber dem Vorjahr), der Aufschwung ist allerdings mit Risiken behaftet, die vor allem den privaten Konsum betreffen. Günstig entwickeln sich die Ausgaben für Investitionsgüter im Bereich von Ausrüstungen und Software.

In Österreich trägt die Dämpfung der Binnennachfrage zur Konjunkturlaute wesentlich bei. Die Umsätze im Einzelhandel leiden unter der Stagnation der Nettomasseneinkommen und der schlechten Arbeitsmarktlage. Sie übertrafen das niedrige Niveau des Vorjahres im III. Quartal nur wenig (+1,3%), saisonbereinigt ist kein Wachstum zu erkennen. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (vor allem Pkw) ist weiterhin besonders schwach. In der Bauwirtschaft zeichnet sich eine Erholung im Tiefbau ab, hingegen bleibt der Wohnbau von Nachfragemangel geprägt. Auch der deutliche Rückgang der Importe (Jänner bis August nominell -4% laut Außenhandelsstatistik, Jänner bis September -2% laut Wareneinfuhrstatistik) belegt das Fehlen einer regen Binnennachfrage. Das trägt wesentlich zum Verschwinden des Leistungsbilanzdefizits bei.

Die ungünstige Konjunktur beeinflusst zwei zentrale Bereiche von wirtschaftspolitischer Bedeutung negativ – den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte:

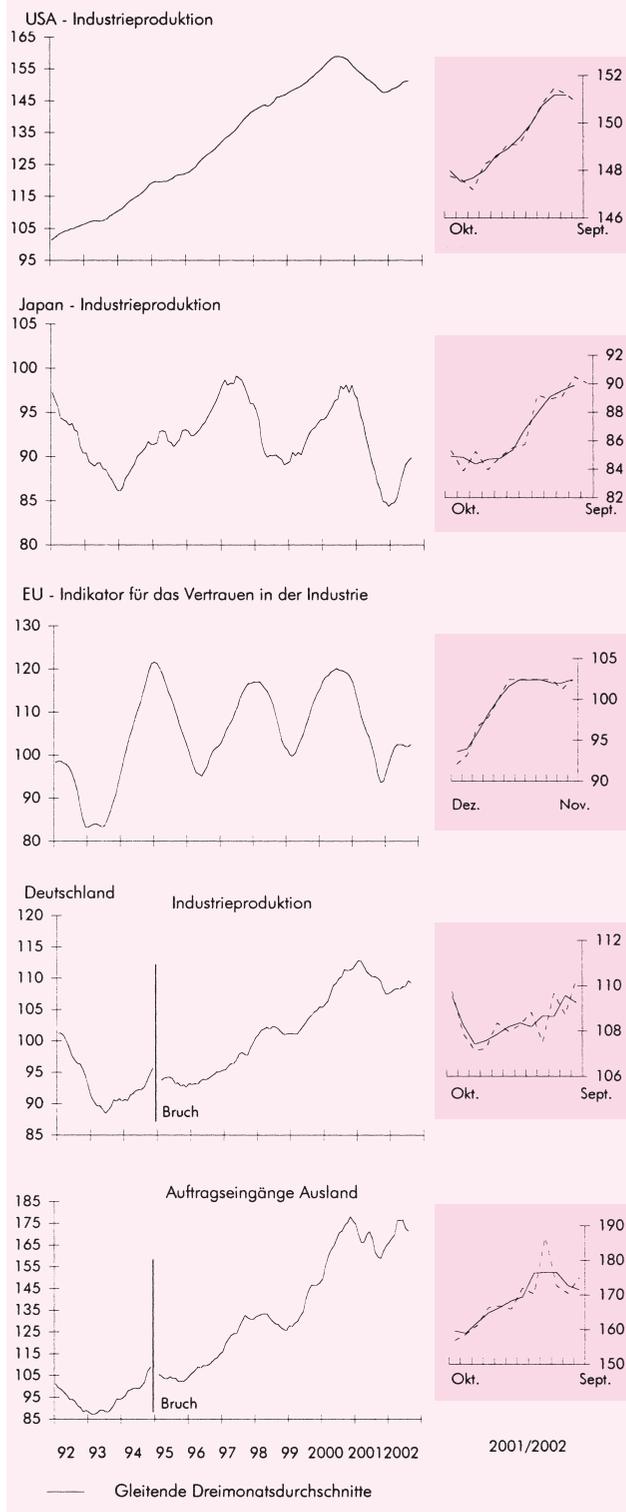
- Die Beschäftigung geht deutlich zurück – im November lag die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen (ohne Präsenzdiener und Bezieherinnen von Karenz- und Kindergeld) um 20.300 unter dem Wert des Vorjahres, die Zahl der Arbeitslosen um 12.200 darüber. Neben Sachgüterindustrie und Bauwirtschaft werden zunehmend Dienstleistungsbranchen von Arbeitsmarktproblemen erfasst. Deshalb geht nun auch die Beschäftigung von Frauen merklich zurück.
- Die Bruttosteuerereinnahmen des Staates blieben von Jänner bis November um 2,6% unter dem Vorjahreswert. Für Dezember muss – auch aufgrund des hohen Vorjahresniveaus – mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung bleiben angesichts der ungünstigen Arbeitsmarktlage unter den Erwartungen. Die Ausgaben des Bundes für Arbeitslosigkeit steigen beträchtlich.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG MIT RISKEN IN DEN USA

In den USA wuchs das BIP im III. Quartal um 1% gegenüber dem Vorquartal, das entspricht einem Anstieg um 3¼% gegenüber dem Vorjahr. Neben der Staatsnachfrage erwies sich weiterhin auch der private Konsum als robust. Allerdings ging das Konsumentenvertrauen im Oktober markant zurück und erholte sich im November nur unzureichend. Dies signalisiert steigende Verunsicherung der Konsumenten und dürfte auf die volatilen

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



Börsen, den drohenden Irak-Krieg und den Anstieg der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein.

Eine lange erwartete Erholung zeichnet sich für die Investitionen in Maschinen, Elektrogeräte und Software ab. Diese steigen saisonbereinigt seit dem II. Quartal und waren im III. Quartal um 1½% höher als im Quartal zuvor. Auch die Gewinnlage hat sich wieder verbes-

sert. Allerdings deutet die nach wie vor sinkende Kapazitätsauslastung in der Industrie nicht auf einen sehr dynamischen Aufschwung der Investitionstätigkeit hin. Die Industrieproduktion ist seit dem August 2002 jeweils gegenüber dem Vormonat rückläufig, sie lag im Oktober

In den USA hat im IV. Quartal 2001 eine von der Binnennachfrage getragene Konjunkturerholung eingesetzt. Sie wird aber immer wieder durch Rückschläge unterbrochen und weist erhebliche Unsicherheitsfaktoren auf, vor allem bezüglich des privaten Konsums. Optimistisch stimmt, dass im II. und III. Quartal 2002 die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und Software wieder zu wachsen begonnen hat. Geld- und Fiskalpolitik wirken stark expansiv.

noch um 1,2% über dem Niveau des Vorjahres. In der Autoindustrie schrumpft die Produktion seit dem Sommer markant, das Wachstum der Nachfrage nach Pkw, das lange Zeit die Konsumnachfrage gestützt hatte, lässt trotz hoher Preisnachlässe deutlich nach.

In den USA hat Ende 2001 ein Konjunkturaufschwung eingesetzt, der allerdings im Sommer eine Dämpfung erfuhr. Nun scheinen die Aufschwungkräfte – unterstützt von einer betont expansiven Wirtschaftspolitik – wieder zuzunehmen. Die Fed hat das kurzfristige Realzinsniveau mittlerweile in den negativen Bereich geführt, dies sollte die Finanzierungsbedingungen erheblich verbessern. Auch die rasche Ausweitung des Budgetdefizits führt zu zusätzlicher Nachfrage. Die Risiken für eine markante Konjunkturerholung sind aber nach wie vor gegeben. Sie bestehen vor allem im Bereich der Nachfrage der privaten Haushalte.

EUROPA WARTET AUF WACHSTUMS-IMPULSE AUS DEN USA

Im Euro-Raum zeigt sich keine Belebung der Binnennachfrage. Es fehlen geeignete Konjunkturimpulse seitens der Wirtschaftspolitik. Das Wirtschaftswachstum bleibt deshalb sehr gering ohne Anzeichen einer Beschleunigung. Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung hängen einzig an einer Verstärkung der Erholung in den USA.

Im Euro-Raum fehlen endogene Impulse für eine Beschleunigung des Nachfragewachstums. Die Produktion expandiert bislang so schwach, dass nicht von einem Aufschwung gesprochen werden kann. Das Wirtschaftswachstum betrug im 1. Halbjahr nicht mehr als +0,5% gegenüber dem Vorjahr. Das entspricht einer Rate ge-

genüber dem Vorquartal von nur +0,4% sowohl im ersten als auch im zweiten Vierteljahr. Für das III. und IV. Quartal deuten die ersten Ergebnisse eher auf eine leichte Verlangsamung der Konjunkturerholung hin. Für Frankreich wurde im III. Quartal vorläufig ein Zuwachs des BIP gegenüber dem Vorquartal um nur 0,2% errechnet. In Deutschland zeichnet sich eine Steigerung von 0,3% ab. Gemäß den jüngsten Ergebnissen des ifo-Geschäftsklimaindex wurden in der deutschen verarbeitenden Industrie die positiven Erwartungen für die nächsten Monate deutlich nach unten korrigiert, in der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage zeigt sich jedoch eine leichte Erholung.

Die EU leidet primär unter einer anhaltenden Schwäche der Binnennachfrage. Der private Konsum wächst gegenüber dem Vorjahr kaum noch, das Verbrauchervertrauen ist im November wieder zurückgegangen. Von der öffentlichen Nachfrage sind keine Impulse zu erwarten. Die Investitionen lagen bislang beträchtlich unter dem Niveau des Vorjahres, allerdings hat sich im IV. Quartal die durchschnittliche Kapazitätsauslastung erstmals seit Anfang 2001 etwas verbessert. Der Leistungsbilanzüberschuss der EU gegenüber der übrigen Weltwirtschaft steigt. Dies ist jedoch primär auf den markanten Rückgang des Imports zurückzuführen und ein weiterer Beleg der Nachfrageschwäche.

Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung in Europa werden zur Zeit einzig durch die Erholung in den USA genährt. Diese könnte mit der aus der Vergangenheit bekannten Zeitverschiebung von etwa zwei bis drei Quartalen auch auf die EU übergreifen. Dämpfend dürfte aber die merkliche Aufwertung des Euro wirken. Einer Ausweitung des Exports folgen im typischen Konjunkturaufschwung zunächst die Ausrüstungsinvestitionen und erst mit weiterer Verzögerung die Nachfrage der privaten Haushalte. Ohne zusätzliche Impulse für die Binnennachfrage dürfte die Erholung in Europa deshalb weiter auf sich warten lassen und ihr Ausmaß schwach bleiben.

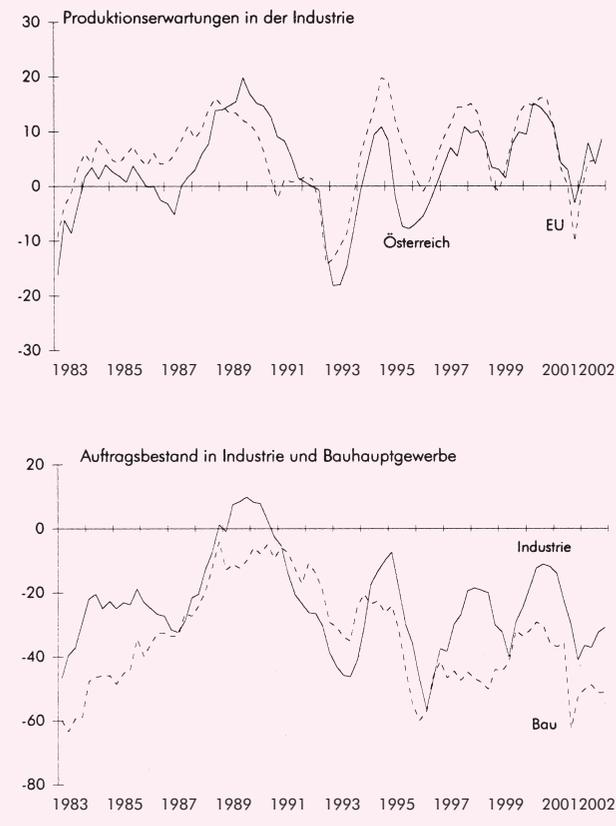
Die Diskussion über die Fiskalpolitik der EU beschränkt sich zur Zeit auf Vorschläge zur Neugestaltung des Stabilitätspaktes und die Forderung nach neuen Sparpaketen in mehreren Ländern der Währungsunion. Die dringend benötigten expansiven Impulse für die Konjunktur zeichnen sich hingegen nicht ab. Die EZB ist den Zinssenkungsschritten der Fed seit dem Jahresende 2001 nicht mehr gefolgt, das kurzfristige Realzinsniveau ist um etwa 1 ½ Prozentpunkte höher als in den USA. Das dürfte auch durch eine für Anfang Dezember erwartete Zinssenkung durch die EZB nicht ausreichend korrigiert werden.

KEIN AUFSCHWUNG IN DER INDUSTRIE

Ein Konjunkturaufschwung zeichnet sich auch in der heimischen Sachgütererzeugung nicht ab. Der arbeitstägig

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



bereinigte Produktionsindex für die Industrie hat sich seit dem April etwas erholt, lag im III. Quartal allerdings noch unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres (-1/2%). Der Steigerung der Produktion von Investitionsgütern

Die heimische Sachgütererzeugung leidet unter der allgemeinen Nachfrageschwäche. Der Export in die EU-Länder stagniert, und die Produktion liegt noch etwas unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt zwar eine Stabilisierung der Erwartungen, lässt allerdings nicht auf das Bestehen eines Konjunkturaufschwungs schließen.

steht ein Rückgang in der Herstellung von Konsumgütern gegenüber. Der WIFO-Konjunkturtest für das IV. Quartal lässt eine etwas optimistischere Haltung der Unternehmen in Bezug auf die künftige Produktion erkennen. Die Verbesserung der Unternehmerstimmung ist aber zu schwach, um einen bevorstehenden Aufschwung anzukündigen.

Der Warenexport übertraf laut Außenhandelsstatistik in den ersten acht Monaten des Jahres das Vorjahresniveau nominell um 3%. Während die Ausfuhr in die EU-

Staaten stagnierte, konnte jene nach Osteuropa und Südostasien merklich ausgeweitet werden. Die Zahlungseingänge für Warenexporte weisen bis September einen Zuwachs von 2,7% gegenüber dem Vorjahr aus.

IMPORTRÜCKGANG SETZT SICH FORT

Das Defizit in der Leistungsbilanz ist fast verschwunden. Dies ist vor allem ein Ergebnis der Abnahme der Importe und der Schwäche der Binnennachfrage.

Die Warenimporte lagen laut Außenhandelsstatistik von Jänner bis August nominell um 4% unter dem Vorjahresniveau. Besonders ungünstig entwickelte sich die Einfuhr von Investitionsgütern und bearbeiteten Industriewaren. Die Cash-Bilanz der OeNB über Zahlungsausgänge für Importe zeigt von Jänner bis September einen kumulierten Rückgang um 2%. Der Einbruch der Importe ist ein weiterer Beleg für die ausgeprägte Schwäche der heimischen Binnennachfrage.

Die Leistungsbilanz weist auf Basis von Cash-Daten in den ersten neun Monaten 2002 ein Defizit von nur 770 Mio. € aus, das ist um 3,1 Mrd. € weniger als im Vorjahr. Dies ist allerdings nicht als Ausdruck hoher Wettbewerbsfähigkeit zu interpretieren, sondern muss als Ergebnis einer im Vergleich mit den Handelspartnern schwachen heimischen Binnennachfrage gesehen werden. Zum Rückgang des Leistungsbilanzdefizits trug freilich auch die günstige Entwicklung im Sommerreiseverkehr bei: Die heimischen Tourismusanbieter setzten laut vorläufigen Berechnungen von Mai bis September um 5% mehr um als im Vorjahr, obwohl die Zahl der Nächtigungen kaum gestiegen ist.

VORSICHTIGE ERHOLUNG IM TIEFBAU

Die Bauwirtschaft zeigt vorsichtige Erholungstendenzen, die vor allem von verstärkten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ausgehen. Die WIFO-Konjunkturumfrage bietet für den Hochbau keinen Anlass für Optimismus.

In der Bauwirtschaft hat sich die Konjunktur seit dem Frühjahr gefestigt. Nominell überstieg der Produktionswert von Jänner bis August das Vorjahresergebnis um 23/4%. Gegenüber den ungünstigen Werten des Vorjahres hat sich vor allem der Tiefbau erholt. Asfinag und SCHIG haben ihre Auftragsvergaben ausgeweitet. Keine Erholung ist nach wie vor im Wohnbau absehbar. Die Produktion des sonstigen Hochbaus entwickelt sich etwas stärker. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt ein Anhalten

der Stimmungsverbesserung im Tiefbau, gibt für den Hochbau allerdings keinen Anlass zu Optimismus. Die Bauproduktion ist jedenfalls weiterhin viel zu schwach, um eine Stabilisierung der Arbeitsmarktlage zu erlauben. Von Jänner bis Oktober lag die Zahl der Baubeschäftigten um 6.800 (-2¾%) unter dem Vorjahresniveau.

EINZELHANDEL OHNE MERKLICHES NACHFRAGEWACHSTUM

Stagnation der verfügbaren Einkommen und schlechte Arbeitsmarktlage belasten die Umsätze im Einzelhandel. Vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geht zurück. Günstiger zeigt sich der Großhandel.

Die Umsätze des Einzelhandels (ohne Kfz) stagnierten im 1. Halbjahr 2002 real auf dem Vorjahresniveau. Im III. Quartal zeigte sich eine leichte Belebung. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geht allerdings weiter zurück. Dies gilt besonders für den Kfz-Handel, der in den ersten drei Quartalen real um 4½% weniger umsetzte als im Vorjahr. Die Pkw-Neuzulassungen nahmen zwar in den letzten zwei Monaten gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahres zu, von Jänner bis Oktober ergab sich aber kumuliert ein Rückgang um 5,8%.

Etwas günstiger ist die Situation im Großhandel, dessen Umsätze in den ersten drei Quartalen den Vorjahreswert um 2¾% überstiegen. Der Umsatzrückgang im Bereich der Investitionsgüter (-4%) bestätigt die Daten zum Import der entsprechenden Waren.

PREISAUFTRIEB BLEIBT SCHWACH

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr betrug im Oktober 1,8%, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex erhöhte sich im gleichen Ausmaß. Weiterhin deutlich über der allgemeinen Inflationsrate liegt der Anstieg der Dienstleistungspreise im privaten Sektor. Rückläufig sind die Telekommunikationsgebühren (-1,2%) und Strompreise (-3%). Der Preisindex für den privaten Pkw-Verkehr zeigt eine Verteuerung um 2,5% gegenüber dem Vorjahresniveau.

Die Tarifföhne waren im Oktober um 2¼% höher als im Vorjahr, damit ergeben sich geringfügige Reallohnsteigerungen.

NUN AUCH RÜCKGANG DER FRAUEN-BESCHÄFTIGUNG

Der Arbeitsmarkt spiegelt die ungünstige Konjunkturlage wider. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne

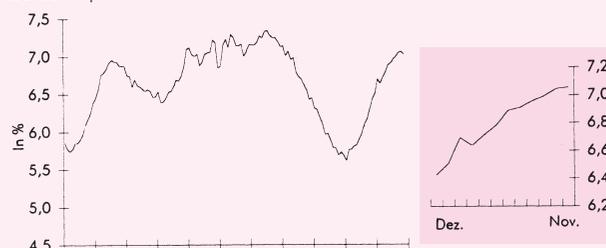
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

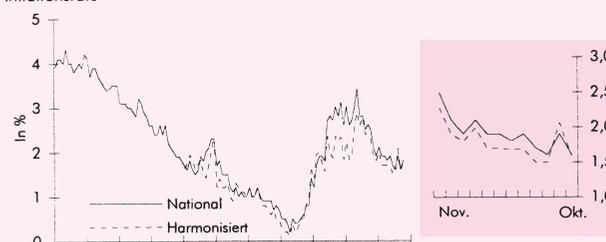
Unselbständig Beschäftigte¹⁾



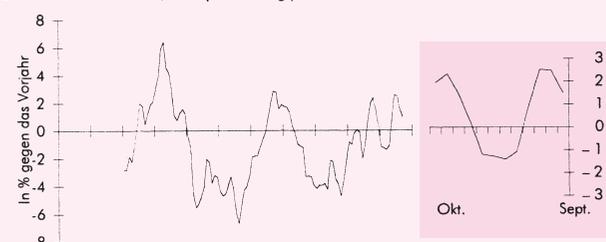
Arbeitslosenquote



Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



Sekundärmarktrendite des Bundes (benchmark) 2001/2002

¹⁾ Ohne Präsenzdienere und Kindergeldbezieherinnen.

Präsenzdienere und Bezieherinnen von Karenz- und Kindergeld) lag im November um 20.300 unter dem Niveau des Vorjahres. Diese Kennziffer umfasst auch etwa 17.000 Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, die zusätzlich einer Teilzeitarbeit nachgehen. Umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze sinkt die Beschäftigung deshalb deutlich stärker

als in den Statistiken ausgewiesen. Hingegen überstieg die Zahl der Arbeitslosen im November den Wert des Vorjahres um 12.200. Vom Beschäftigungsrückgang besonders betroffen ist neben dem Bauwesen die Sachgütererzeugung (Oktober -18.000). Die Metallindustrie

Große Beschäftigungseinbußen und ein merklicher Anstieg der Arbeitslosigkeit prägen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zunehmend sind auch Frauen von der ungünstigen Lage betroffen.

verlor knapp 8.000 Arbeitsplätze (-2,7% gegenüber dem Vorjahr), die Textilindustrie 3.600 (-10%). Die Beschäftigung der Männer geht bereits seit Mitte 2000 gegenüber dem Vorjahr zurück. Seit dem Sommer dieses Jahres verringert sich nun auch die Zahl der beschäftigten Frauen (-4.000). Der Arbeitskräfteabbau erfasst zu-

nehmend den Dienstleistungssektor und verstärkt sich vor allem im Handel und in der öffentlichen Verwaltung.

STEUERAUFKOMMEN ENTWICKELT SICH WEITER SCHWACH

Das Steueraufkommen blieb von Jänner bis November merklich unter den Erwartungen, die Bruttosteueereinnahmen lagen um 2,6% unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist vor allem auf einen Ausfall an Körperschaft- und Einkommensteuer zurückzuführen, wobei primär Vorzieheffekte von 2001 aufgrund der Anspruchsverzinsung zum Tragen kommen. Aber auch das Aufkommen an Umsatzsteuer (+1,8%) blieb deutlich hinter dem Wachstum des nominellen Konsums zurück. Im Dezember muss mit einer weiteren Verringerung der Einnahmen gerechnet werden. Ausgabenseitig belastet der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit die öffentlichen Haushalte.

Abgeschlossen am 3. Dezember 2002.